

Stettiner Zeitung.

N. 471.

Morgenblatt. Mittwoch, den 9. Oktober.

1867.

Zur Charakteristik der Parteibewegung.

In der Sitzung des Reichstages vom 4. d. M. ist ein Antrag Waldecks, welcher zwar den Kleinstaaten eine Rücksichtnahme bei den zu tragenden Militärlasten zugesteht, aber die Vertragsmäßigkeit, welche sich auf die dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegten Militär-Konventionen bezieht, unberücksichtigt läßt, angenommen worden.

Die Oppositiionspresse hat diesem Waldeckschen Siege eine große Bedeutung beigelegt; wir thun dasselbe, aber in anderem Sinne. Weit entfernt, darin einen Rückfall der Volksvertretung in die alten Gelüste einer rein negirenden Thätigkeit zu erblicken, sehen wir darin den ersten Schritt der Opposition auf dem Felde praktischer Politik, von welcher sie sich bisher mit ihrer Verleugnung alles Thatsächlichen fern gehalten hatte. Mit jenem Antrage hat Waldeck nämlich die alte Opposition gegen Militär-Organisation und Alles was damit zusammenhängt, aufgegeben und ist — praktisch geworden, wie es die alten in seine Gegner verwandelten Freunde, die National-Liberalen, zu ihrem Vortheile, wie zum Vortheile der Nation schon längst geworden sind.

Denn das ist der Segen der neuen Entwicklung, daß sie, da sie zu theoretischen Entwickelungen, bei welchen die Geister am wenigsten von vorgefaßten Meinungen und eingewurzelten Vorurtheilen sich losmachen können, weder Zeit noch Raum läßt, die Partei-Unterschiede aufzubeben und ein Zusammenwirken zur Erreichung praktischer Ziele zuläßt. Die National-Liberalen haben diese Kunst der Verhältnisse begriffen und sich dieselbe zu Nutzen gemacht, indem sie ihr zunächst ihre neue Bezeichnung entlehnen, welche sie mit dem innigsten und lebhaftesten Drange des deutschen Volkes in Zusammenhang bringt, sodann aber eine Thätigkeit entwickeln, welche ihnen mehr Einfluß auf den Gang der Entwicklung einräumten, als die lediglich negirende Opposition jemals gewinnen konnte.

Es wird jetzt Sache der Liberalen sein, bei den bevorstehenden Landtags-Wahlen sich der veränderten Verhältnisse zu erinnern und nicht in Rücksicht auf alte Partei-Programme Bundesgenossenschaften zurückzuweisen, welche den Sieg gegen radikale Kandidaten sichern könnten. Die Strömung der öffentlichen Meinung ist im Allgemeinen den neuen Verhältnissen und ihrer Ordnung so günstig, daß nur in unnötiger Weise hervorgesuchter Parteihader ihren Erfolg ungewiß machen könnte. Dabei mag nicht vergessen werden, daß das Dreiklassen-System, nach welchem wir für den Landtag zu wählen haben, das Zusammentreten verwandter Richtungen erleichtert. Die alte Fortschrittspartei gelangte vielmehr zur Herrschaft dadurch, daß sie die Mittelklassen unbedingt in ihre Gewalt bekommen hatte, als daß sie den Massen gebot. Seitdem haben alle gemäßigten politischen Richtungen, welche ihre Vertretung vorzüglich in den Mittelklassen haben, sich von dem widersinnigen Treiben der Fortschrittspartei abgewandt, um einen gesicherten Boden nationaler Entwicklung und geistlichen Fortschreitens in Wohlfahrt und Freiheit zu gewinnen; es wird daher die Aufgabe sein, dieser neuen Richtung zu entsprechendem Ausdruck zu verhelfen, indem man an die Wahl geht, nicht nach Vorschrift der Programme, sondern nach Würdigung der Kandidaten und ihres praktischen Verständnisses für die Forderungen der Gegenwart.

Deutschland.

Berlin, 7. Oktober. Einige Pariser Blätter haben nach dem ihnen von ihrer Regierung ertheilten nachdrücklichen Dementi bezüglich mehrerer Gerüchte, die sich ihrer Natur noch keine zwei Tage aufrecht erhalten ließen, das Bedürfnis ähnlicher Erzählungen auf einem anderen Gebiete empfunden, wo das französische Gouvernement weniger beteiligt war und die Wahrheit mit geringerer Gefahr auf den Kopf gestellt werden konnte. So wurde einmal wieder die preußisch-russische Allianz in Scène gesetzt, diesmal in der neuen Form, daß das Berliner Kabinett den Abschlusseiner Allianz eigens zur Kenntniß des Hrn. v. Beust gebracht und diesen zum Beitritt eingeladen habe. Man wird hier mit der Berichtigung solcher Anecdote keine Zeit verlieren. Die Beziehungen zwischen Preußen und Russland sind, wie Jedermann weiß, sehr freundlich, und ein Vorgehen Frankreichs gegen Preußen und Russland sehr bald an unserer Seite finden. Zu einer Allianz in Friedenszeiten ist dagegen nicht die geringste Veranlassung. Zwischen Petersburg und Berlin hat sich nichts verändert, es sei denn, daß die früher mächtige antipreußische Partei am russischen Hofe bedeutsameren Einfluß verloren hat. Dies ist aber selbstverständlich die Folge der normalen Entwicklung der Dinge, wie sie mit der Festigung der norddeutschen Verhältnisse unter Preußens Führung unvermeidlich war. Preußens Gegner werden sich darein finden müssen. Es ist dies auch eine Garantie mehr für den Frieden. Frankreich würde in einer großen Krise, die es selbst unbekannt herbeigeführt hätte, thörltig sein, während Preußen, daß sich jetzt nach keiner Seite gebunden hat, im Falle eines französischen Angriffs in der Identität der Interessen die beste Bürgschaft eines sicheren Bündnisses mit Russland finden würde. Dies ist nach Salzburg noch mehr konstatiert, als es schon vorher der Fall war. Eine neuere aufgetauchte lühne Kombination läßt für den Kriegsfall Österreich in Salzburg seine Neutralität zugesagt haben, wenn Frankreich die Integrität des früheren deutschen Bundesgebietes respektire. Die Rechnung sieht ganz klug aus, leidet aber doch an dem Fehler, daß der Kaiser Napoleon schwerlich in Österreichs neutraler Haltung einen genügenden Succurs erblicken würde, um seiner traditionellen Politik zu entsagen, die ihn bis jetzt keinen Krieg allein und ohne Bundesgenossen unternehmen ließ. Von Interesse ist übrigens, daß selbst welsche Blätter, die jene neue Salzburger Kombination versuchen, auf Österreichs aktives Eingreifen nicht mehr zu hoffen wagen. Das

alles läßt dem Frieden noch viele Aussichten. In Petersburg die günstige Stimmung für Preußen entschieden vorherrschend, Österreich nach dem Geständnisse derer, die so sehr auf seine Hülfe gebaut hatten, dem thätigen Zusammensehen mit Frankreich abgeneigt, Preußen selbst vorsichtig und ohne jede unpolitische Provokation auf die einheitliche Konsolidirung Deutschlands bedacht, das sind Faktoren, welche die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens für eine geraume Zeit keineswegs optimistisch erscheinen lassen. Wird ja doch auch das Kriegs-Programm in Paris nicht etwa von der gegenwärtigen Regierung, sondern nur von einer Partei vertreten, die, je mehr sich bei uns die Bedingungen des realen Zusammensetzens der deutschen Kräfte fester gestalten — sollte auch der formelle Abschluß noch auf sich warten lassen — desto mehr an Terrain verlieren muß.

— Der Ausschuß des norddeutschen Bundesrathes für Justizwesen versammelt sich heute zur Beratung von Petitionen. — Ferner findet heute in einer Sitzung der vereinigten Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr eine Beratung über die Art der Bevölkerungs-Aufnahme statt.

Berlin, 8. Oktober. (Nordb. Reichstag.) 16. Sitzung. Präsident Dr. Simson. Am Tisch der Bundes-Kommission: Die Herren v. Krieger, Delbrück, v. Thümmler, v. Pommer-Esche, Günther, v. Viebe, Dr. Curtius, Goldmeister und mehrere andere Vertreter außerpreußischer Bundes-Regierungen. Die Tribünen und Logen mittelmäßig besetzt, die Plätze im Hause zeigen viel Lücken. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit den üblichen geschäftlichen Mitteilungen. An Stelle des Abg. v. Münchhausen ist in der Kommission zur Vorberatung des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, der Abg. Graf Franckenberg eingetreten. Zum außerordentlichen Bundes-Kommissar für die Beratung des Gesetzes über die Freizügigkeit ist der Landrat v. Puttkamer ernannt. Zur Vorberatung eines Antrages der Abg. Lasker und Zweigert auf Änderung der Geschäftsordnung genehmigt das Haus die Wahl einer Geschäftsaufsichtskommission von vierzehn Mitgliedern. Der Abg. Schulze (Berlin) richtet an den Bundeskanzler die Interpellation, ob von Seiten des Bundes-Präsidentiums Schritte zur Befreiung der mecklenburgischen und lauenburgischen Transitzölle gethan und von welchem Zeitpunkt diese Zölle in Wegfall kommen. Der Präs. des Bundeskanzlersamtes Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Der Interpellant Abgeordneter Schulze motiviert seinen Antrag durch den Hinweis auf die bedeutenden Hemmungen des Verkehrs, die in Folge der bestehenden Zölle entstehen; er weist durch statistische Mitteilungen die beträchtliche Höhe des zu zahlenden Zolles nach und glaubt, daß, wenn auch der Ausführung des Gesetzes bei Mecklenburg noch einige Schwierigkeiten entgegenstehen, dieses bei Lauenburg, das der preußischen Krone verbunden, nicht der Fall sein könne, um so mehr als schon bei den Hansestädten diese Zölle in Wegfall gekommen seien.

Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück: Nach Artikel 23 der Verfassung bilde der Bund ein Zoll- und Handelsgebiet mit gemeinschaftlicher Grenze und sei in den Staaten, auf welche jener Artikel Anwendung finde, die Erhebung von Durchgangszöllen nicht mehr zulässig. — Für den Eintritt Mecklenburgs in die Zolllinie liege die Schwierigkeit in dem zwischen ihm und Frankreich geschlossenen Vertrage vom 9. Juni 1865. Für Mecklenburg sei daher ein sogenanntes Aversum ausgeworfen; — das Präsidium sei, ebenso wie die beiden mecklenburgischen Regierungen bestrebt, dem jetzigen Verhältnisse ein Ende zu machen und seien bereits darauf bezügliche Schritte in Paris gethan. Sobald ein Ergebnis befriedigender Art vorliege, was bis jetzt noch nicht der Fall sei, werde sich der Zeitpunkt für den Wegfall der Transitzölle bestimmen lassen. — In Bezug auf Lauenburg liege kein internationales, sondern ein geographisches Hindernis vor, denn es würde eine Grenzberechnung, wozu große Kosten erforderlich, nötig werden. Daher sei es zweckmäßiger, zunächst auch Lauenburg außerhalb der Zolllinie zu lassen. — Auch während des Zwischenzustandes könnten in den beiden Mecklenburgs die Transitzölle nicht wegfallen, da sie auf Staatsverträgen beruhten. — Von dem Abg. Hübner und Genossen ist ein Antrag auf Änderung des §. 54 der Geschäftsordnung eingereicht wonach nur, wenn durch Auftreten und Sitzenbleiben kein ganz sicheres Ergebnis bei der Abstimmung erzielt sei, namentliche Abstimmung erfolgen dürfe.

Hierauf tritt das Haus in die Tagessordnung ein; erster Gegenstand derselben ist: Feststellung des Haushaltsetats des norddeutschen Bundes. Dazu ist von dem Abg. Dehmelchen und Genossen ein Antrag gestellt, §. 2, wonach der Bundeskanzler civilrechtlich verantwortlich sein soll für die dem Bundeshaushaltsetat entsprechende Verwendung des Einnahmevertrages und daß der Reichstag befugt sein solle, diese Verantwortlichkeit geltend zu machen, durch eine Kommission von fünf Mitgliedern vor dem Oberappellationsgericht zu Löbeck — Abg. Reichenberger: Ich glaube, daß unser Antrag keinen erheblichen materiellen Bedenken begegnen wird; wir wollen durch denselben die Verantwortlichkeit realisieren, welche der Bundeskanzler bereits wiederholt anerkannt hat. Wir wollen nicht die Executive beschränken, sondern nur den rechtlichen Begriff der Verantwortlichkeit feststellen. Ein Budget ohne das Prinzip des juristischen Rechts aufzustellen, scheint mir etwas Abnormes zu sein. — Abg. Zweigert findet den Antrag als Zusatz zu dem Budget für unannehmbar. Der Grundzog der Verantwortlichkeit sei kein neuer, sondern bestande, seit die Minister sowohl wie für die übrigen Beamten, nicht bloß moralisch, sondern auch civilrechtlich. Das sei auch in der Bundesverfassung ausgesprochen. Der Reichstag müsse sämtliche Rechnungen dechargieren und von ihm hängt es ab, ob er eine civilrechtliche Verantwortlichkeit gegen irgend einen Beamten geltend machen wolle. Wenn der Bundeskanzler eine Ausgabe verfügte, die die Genehmigung des Reichstages nicht erhalten hat, so kann er zur Herausgabe des Geldes angehalten werden. Um eine Regierung zur Herausgabe des Geldes zu zwingen, habe der Reichstag ein Mittel, nämlich das Budget zu verweigern. Einen wirklichen Prozeß könne der Reichstag nicht anstrengen; es wäre dies auch unzweckmäßig. Wenn eine Regierung gegen die Dispositionsbefugniß des Reichstages über die Staatsmittel handelt, so sei ein Zusammensehen mit dieser Regierung nicht mehr möglich. Schwierigkeiten, die das Staatsleben berühren, paßten nicht vor einem Richter. Bei einem Verfassungsbruch sei es etwas Anders; dann entstehe eine Auflage gegen das Ministerium. Es ist aber auch aus anderen Gründen unmöglich, dem Antrage Folge zu geben; es sei unkonstitutionell, einem Finanzgesetz anderweitige Gesetze anzuhängen, die mit den Finanzen nichts zu thun haben. Das sei auch in England konstitutioneller Grundzog. Er empfiehle also die Ablehnung des Antrages. (Den weiteren Verlauf der Debatt im Abendblatt.) Schließlich wurde das Einstimmiges Gesetz ohne den obigen Antrag genehmigt, und zwar §. 1 (Einnahmen und Ausgaben) fast einstimmig, §. 2 wurde mit großer Majorität abgelehnt (dagegen auch die Fortschrittspartei).

Frankfurt a. M., 30. September. (K. 3.) Der erste Oktober steht vor der Thüre und die Spielbankfrage, in unserer Umgebung gewissermaßen die brennende, ist noch nicht erledigt. Der Termin erscheint darum von Wichtigkeit, weil bekanntlich mit dem 1. Oktober die anerkannten Länder mit der vollen ordnungsmäßigen konstitutionellen Gesetzeskraft in den preußischen Staat

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

sieben

aufgenommen werden und das Provisorium aufhört, welches dem Könige das Bestimmungsrecht durch eigenmächtige Verordnungen einräumte. Es ist zu erwarten, daß das norddeutsche Parlament in einer der nächsten Sitzungen das Ministerium über die öffentlichen Spielbanken interpelliren und den Antrag auf ihre Schließung stellen wird. Schwerlich dürfte eine Stimme es wagen, sich für die Erhaltung dieser in jeder Beziehung gerichteten Anstalten zu erheben. Schadenersatzfrage und Entschädigungsansprüche sind einfach auf den Rechtsweg zu verweisen, eine genügende Beweisführung wird keine leichte Sache sein. Die Spielhöllen haben sich den mehr als wohlwollenden Vorschlägen der Regierung gegenüber auf das hohe Pferd gesetzt und sie höhnisch abgewiesen, die Direktoren waren naiv genug, gegen 20 p.C. jährlicher Abgabe die ganze Spielzeit (in Wiesbaden bis 1877, in Homburg bis 1885) zu verlangen. Der Königliche Kommissar hat auch solchen Präsentationen gegenüber kein Wort erwidert und nur zu erkennen gegeben, daß die Staatsbehörde nicht Willens sei, mit derartigen Anstalten zu paktiren. Alter Wahnsinnlichkeit nach wird sie ihren ersten Antrag (Schluß der Spielbanken bis 1870 unter Dotirung eines ausreichenden Badesfonds aus den Dividenden in Einklang mit dem in Baden getroffenen Abkommen) in allernächster Zeit als Ultimatum wiederholen, und wenn darauf keine befriedigende Antwort erfolgt, mit Ende des laufenden Jahres der Anwendung des Gesetzes, welches Hazardspiele allwärts verbietet, freien Lauf lassen. Das Parlament wird, wie gesagt, gewiß nicht unterlassen, mit seinem Votum diesen Beschluß zu sanktionieren. Es ist die höchste Zeit, daß der böse Schandfleck vom deutschen Boden verschwindet. Die Höllen haben dieses Jahr wieder reiche Ernte gehalten, man schätzt die Dividende der heute abschließenden Sommersaison in Homburg auf 42, in Wiesbaden sogar auf 50 p.C.

Karlsruhe, 5. Oktober. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer gelangte der Gesetzentwurf, die Annahme der nächsten Aushebung der Kriegsdienstpflichtigen betreffend, zur Annahme. Besonders anerkennenswerth waren einige Ausführungen über die dreijährige Dienstzeit. Prinz Wilhelm sagt in dieser Beziehung, die dreijährige Präsenz sei bis zur Durchführung der nationalen Einigung unerlässlich. General-Lieutenant Ludwig konstatierte, daß die Regierung im Prinzip an der dreijährigen Dienstzeit festhalte. Das tatsächliche Verhältnis werde sich freilich nicht so gestalten, daß jeder zur Infanterie eingereihte Pflichtige auch volle drei Jahre präsent gehalten werden müsse und könne. Daß dies unmöglich sei, ergebe sich aus der Berechnung, daß in der Infanteriekompagnie nur die Zahl von 111 Mann zur Rekruteneinstellung verfügbar sei, während die Aushebung jährlich 56 Mann für jede Kompagnie, und in drei Jahren hiernach $3 \times 56 = 168$ Mann liefere. Die Regierung werde jedoch bemüht sein, durch geeignete Ausgleichsmaßregeln auch auf möglichste tatsächliche Durchführung des Prinzip der dreijährigen Präsenz hinzuwirken. Auf diese Erklärung des Präsidenten des Kriegsministeriums ergreift Prinz Wilhelm nochmals das Wort und dankt demselben für die zugesagte Festhaltung an dem Prinzip der dreijährigen Präsenz, welche auch bei dem Heere des norddeutschen Bundes eingesetzt sei. Er halte es für ein Gebot der Notwendigkeit, daß an dieser Einrichtung nicht gerüttelt und für ein Gebot der nationalen Pflicht, daß wir auch in diesen Dingen mit unseren Brüdern jenseits des Mains eng zusammengehen.

Ausland.

Wien, 5. Oktober. Hier sind jetzt zwei Ehrengeschenke für den Sieger von Lissa ausgestellt: im Museum der Tafelauffas, welchen die Offiziere der Kriegs-Marine ihrem verehrten Admiral gewidmet haben; im Etablissement von Mayrhofer und Klimofsch ein zweiter Tafelauffas, den die Bewohner von Triest dem Seehelden darbringen.

Der Aufstand der Gemeindevertretungen der Städte greift immer weiter um sich. In der vorgestrigen Sitzung hat der Gemeinderath von Wien beschlossen, „eine nachdrückliche feierliche Verwahrung gegen die in der Adresse des Episcopats der im Reichsrath vertretenen Länder enthaltenen Anschuldigungen“ in einer Adresse an den Kaiser auszusprechen. Der Antragsteller gebrauchte in seiner Begründung den allerdings sehr starken Ausdruck: „Wir wollen nicht, daß sich ein Blatt Papier, und sagen wir es offen, ein beschmutztes Blatt Papier zwischen den Kaiser und uns dränge.“ Dieser Ausdruck ist nur eine Probe der Häßlichkeit, zu welcher sich die Sprache der Gemeinderäthe überhaupt verstiegen hat und in der sich die allgemeine Verbitterung zu erkennen giebt. Nur ein Mitglied des hiesigen Gemeinderaths stimmte gegen den Antrag und sagte, „er begreife nicht, wie der Gemeinderath dazu komme, gegen die Adresse der Bischöfe Protest zu erheben, da doch in dem ganzen Schriftstücke von der Kommune Wien nicht die Rede sei.“ — Herr v. Hübner ist am 3. wirklich nach Rom abgereist.

Paris, 6. Oktober. Morgen trifft Rouher und bald nach ihm Abends auch Lavalette wieder in Paris ein; jener verließ gestern, dieser vorgestern Biarritz. Und in der That ist es die höchste Zeit, daß die klappe, schreckliche Periode zum Schlusse gelange, denn die Franzosen wissen kaum mehr, ob noch eine Central-Regierung besteht oder Alles aus den Fugen geht. Die Sprache der englischen Blätter (die deutschen existieren bekanntlich für die kaiserlichen Franzosen nicht oder doch nur ausnahmsweise) hat Eindruck gemacht, so daß die „France“ sogar benennt: „Manche Blätter kennen diese Verwirrung des französischen Geistes, den unwürdigen Krieg der Gerüchte und Widerlegungen, der Frankreichs Würde beschmutzt.“ Wir müssen gestehen, dies alles ist verdient. Wahrhaftig, dieses französische Volk, das sich so viel darauf einbildet, das geistreichste und tapferste der ganzen Welt zu sein, scheint gegenwärtig an Verstand und Energie vollständig bankrott geworden. Es verliert den Kopf vor Gespenstern und schlägt die Hände vor

Schwierigkeiten zusammen, die doch sicherlich nicht über seine Stärke, noch über seine Courage hinausgehen. Außen wie innen sucht man das Geheimnis und die wirkliche Ursache dieses Mangels an Selbstvertrauen, welcher der Charakterzug unserer Tage ist, und es ist nicht in Abrede zu stellen, daß überall die Überzeugung herrscht, der Grund dieses Nebels liege in der Angst vor dem Unbekannten."

— Bis zu der auf übermorgen festgesetzten Rückkehr Lavalette's erwartet man im Moniteur die Ernennung dieses Mannes zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und einen Brief des Kaisers an den Staatsminister Rouher. Die Mittheilung eines vertraulichen Schreibens vom Kaiser Napoleon an Lavalette durch den Globe wird, wie ich glaube, mit Recht als ein Symptom für den nahen Sieg der Friedenspartei bezeichnet. Prinz Napoleon, der auf die Kunde von der hier herrschenden Beunruhigung von Havre nach Paris gereilt ist, hat, dem Beispiel anderer hochgestellten Persönlichkeiten folgend, einen Brief an den Kaiser gerichtet, worin er Se. Majestät über die Stimmung Frankreichs aufzulären sucht und ihn beschwört, Rouher's und Lavalette's Eingebungen zu hören und einerseits durch Proklamation der Nichteinmischungspolitik, andererseits durch Verwirklichung der Verheißen vom 19. Januar die öffentliche Meinung sowohl in Frankreich als in Europa zu beruhigen.

— Mr. Hauffmann hat sich nun seinerseits nach Biarritz begaben. Die Kaiserin und der kaiserliche Prinz werden sich während der Dauer der kälteren Monate in Nizza aufzuhalten.

— Der plötzlich in Tarbes erfolgte Tod des Herrn Fould hat ungewöhnliches Aufsehen erregt. Für das Kaiserreich ist dessen Tod jedenfalls ein großer Verlust; denn abgesehen davon, daß er der einzige tüchtige Finanzmann war, den das zweite Empire besaß, war er auch einer der Wenigen, die Mut genug hatten, dem Kaiser die Wahrheit zu sagen, und er zog sich auch zuweilen zurück, weil er, obgleich unverantwortlicher Minister, doch seinen Namen nicht hingeben wollte, um tolle Pläne zu decken. Seit seinem letzten freiwilligen Rücktritte lebte Fould ziemlich zurückgezogen, doch gab sich sein Einfluß noch häufig kund; auch hatte er in der Presse sein Organ, obgleich er der anti-preußischen Politik derselben fern stand und sie mehr in finanzieller Hinsicht inspirierte.

Aus Madrid vom 5. Oktober wird gemeldet: Das Staatsministerium hat ein Cirkular an die Vertreter Spaniens im Auslande gerichtet, in welchem es sich über die siegreiche Beendigung der Insurrektion beglückwünscht und die gefährlichen Prinzipien bespricht, welche die Insurgenten aufgestellt hatten. Das Rundschreiben sagt, die Bewegung wäre sehr groß und gefährlich gewesen, aber die Treue der Armee, die Haltung der Bevölkerung und die Gnade der Königin habe sie unterdrückt. Die auswärtige Presse, sagt das Ministerium, hat die Revolution gefördert und entstellt jetzt die Thatsachen, um dieselbe zu rechtfertigen. Die Vertreter der Königin werden daher aufgefordert, durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel die Wahrheit bekannt zu machen.

Stockholm. Die wichtigsten der vom Unions-Comité in Vorschlag gebrachten Veränderungen der gemeinschaftlich politischen Verhältnisse Schwedens und Norwegens, sind nach Angabe der schwedischen Blätter folgende: Die Bestimmung in Betreff der Königswahl wird dahin abgeändert, daß 80 Großthüngmänner und 80 Reichstagsmänner in Gemeinschaft einen König, einen Regenten oder eine Regentschaft wählen sollen, wenn solches erforderlich ist. Die im §. 25 des Grundgesetzes enthaltene Bestimmung, nämlich, daß die Truppen und Flottille Norwegens nicht ohne Einwilligung des Storthing zu einem Angriffskriege benutzt werden dürfen, will das Unions-Comité dahin abgeändert haben, daß die Mittel, welche vom Storthing und vom Reichstage für unvorhergesehene Kriegsfälle bewilligt werden, vom Könige nur zur Abwehr eines feindlichen Angriffes verbraucht werden dürfen. Das Comité soll ferner über eine Bestimmung von großer Wichtigkeit eingeworden sein. Alle gemeinschaftlichen Angelegenheiten, als Krieg, Friede und andere Verhältnisse fremden Mächten gegenüber, werden gegenwärtig vom Könige in einem aus 3 norwegischen und 10 schwedischen Mitgliedern bestehenden Staatsrathe abgemacht. Diese Bestimmung wird vorschlagsmäßig dahin abgeändert, daß wichtige Angelegenheiten dieser Art in einem "Unions-Staatsrathe" aus einer gleichen Anzahl von schwedischen und norwegischen Mitgliedern, aber wie bisher unter dem Vorsitz des schwedischen Ministers des Äusseren, bestehend, verhandelt und abgemacht werden sollen.

Aus den Ostseeprovinzen, 26. September, wird der "Schles. Ztg." geschrieben: "Eine Deputation aus Vertretern der Städte und ebenso aus den Ständen und der Ritterschaft werden in November nach Petersburg gehen, um beim Kaiser persönlich Vorstellung zu erheben wegen der den Rechten der baltischen Provinzen drohenden Gefahr. Man hofft um so mehr einen guten Erfolg von diesen Vorstellungen, als der Kaiser durchaus nicht für Neuerungen gestimmt sein soll, durch welche ohne irgend eine drängende Veranlassung die Rechte und Freiheiten derjenigen Provinzen geschmälerd werden sollen, die bisher in Bezug auf Verwaltung und Kultur den russischen Gouvernements als Muster vorgestellt wurden. Wie wenig der Monarch daran bent, die Bewohner der Ostseeprovinzen ohne Grund zu bedrücken oder zu kränken, dürfte eine Neuherung derselben im Staatsrathe befunden. Als bei einer Sitzung eine hochgestellte Persönlichkeit den Kaiser aufmerksam machte, daß die Ostseeprovinzen durch ihre ungeahndeten Oppositionen dem Ansehen des Reiches schadeten, sagte der Monarch: "Warst Du es nicht, der die Ostseeprovinzen oftmaß das Muster für Russland nannte? Wenn diese Provinzen rebellieren, wie Du sagst, so schicke man ihnen meine Soldaten, wenn sie aber nur ihre, von meinen Vorfahren ihnen gewährten Rechte in Ruhe ausüben wollen, so lasse man sie ungekränkt."

Pommern.

Stettin, 9. Oktober. Schwurgericht. (Schwerer Diebstahl.) 1. Während der Monate Januar bis Anfang Mai d. J. wurde hier eine Reihe von Diebstählen, namentlich an Wäsche, Kleidungsstücken und Bettlen verübt, die vermöge ihrer Gleichmäßigkeit, mit der sie ausgeführt wurden, darauf schließen ließen, daß ein und dieselbe Person der Thäter sei. Diese Schlussfolgerung hat dadurch ihre Bestätigung gefunden, daß die unverheirathete Aug. Louise Wilh. Rohloff von hier, eine ungeachtet ihrer Jugend bereits mehrfach wegen Diebstahls, zuletzt mit 5½ Jahren Zuchthaus bestraft Person, als die Diebin ermittelt ist. Die gestern

verhandelte Anklage bezüglichte sie: 1) aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Carlostraße Nr. 10 mehrere Bettstücke; 2) vom unverschlossenen Boden des Hauses Victoriaplatz Nr. 5a zwei Händen und eine Nachttisch; 3) vom verschlossenen Boden des Hauses Frauenstraße Nr. 46 einen Unterröck und zwei Kleider; 4) und 5) aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Kirchplatz Nr. 2 zu zwei verschiedenen Malen, theils aus einer dort befindlichen verschlossenen Kiste, Bettlen, Wäsche und verschiedene wertvolle Kleidungsstücke; 6) aus verschlossenem Keller in dem Hause Elisabethstraße 6b eine Menge Altualten; 7) aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Kirchplatz 1 eine Steppdecke und ein Unterbett; 8) aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Passauerstraße 3 mehrere Unterröcke, Wäschestücke u. s. v.; 9) aus verschlossener Bodenkammer des Hauses Grüne Schanze 2 verschiedene Kleidungsstücke; endlich 10) aus verschlossener Bodenkammer resp. verschlossenem Kasten in dem Hause Baumstraße 36 Bettlen, Wäsche und Kleidungsstücke gestohlen zu haben. Bis auf die lehrgedachten beiden Diebstähle ist die Angeklagte der Tat im Allgemeinen geständig, nur in zwei Fällen bestreitet sie die Anwendung von Gewalt zur Offnung der Behältnisse. Die Verübung der zu 9 und 10 erwähnten Diebstähle stellt sie definitiv in Abrede, behauptend, daß sie diejenigen Sachen, welche aus jenen Diebstählen herrührend, erweiterlich in ihrem Besitz gefunden sind, von einer ihr unbekannten Frau für resp. 15 Sgr. und 2 Thlr. käuflich erworben habe. Die Geschworenen sprachen indessen in sämtlichen Fällen das "Schuldig" unter Ablehnung der von der Vertheidigung beantragten Annahme milbernder Umstände aus und wurde die Angeklagte wegen 9 schwerer und 1 einsachen Diebstahls im wiederholten Falle zu 8 Jahren Zuchthaus und gleich langer Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt. — Die der Hehlerei mitangeliagte Handelsfrau Lobath geb. Solm konnte wegen beschlechter Krankheit u. der gestrigten Verhandlung nicht erscheinen, weshalb das Verfahren gegen dieselbe vorhalten wurde.

2. Im Laufe dieses Sommers wurde dem Kaufmann Michaelis zu Garz a. D. aus seiner verschlossenen Scheune Stroh entwendet. Verschiedene Verdachtsmomente sprachen dafür, daß der dortige Arbeiter Carl August Liebke, auch Lehmann genannt, der Thäter sei. Er mache über den Erwerb von 4 Bund Stroh, mit denen er von dem Arbeiter des Michaelis in der Nähe der Scheune betroffen war, verschiedene widersprechende Angaben, was die Geschworenen von der Schuld des Angeklagten überzeugte; nur nahmen sie nicht als erwiesen an, daß derselbe die Scheune mit einem falschen Schlüssel geöffnet, also einen schweren Diebstahl verübt habe. Er wurde im Falle zu 6 Monaten Gefängniß, 1 Jahr Verlust der Ehrenrechte und Polizeiaufsicht verurtheilt.

Cöslin, 5. Oktober. Der Regierungshauptkassen-Buchhalter Nebe ist von hier nach Potsdam und der Buchhalter Mehring von Potsdam hierher versetzt worden.

Vermischtes.

— Die Wiener "Presse" gibt von einem geheimen Bunde höchst ungelernter Art Nachricht, der sich unter dem Namen "Schleppabtretungs-Verein" in Wien konstituiert habe. In dem Cirkular, das dieser Verein versendet, spricht er die Ansicht aus, "daß die langen Schleppen nicht blos dem Verkehr hinderlich seien, sondern auch durch lebhafte Emporwirbeln grandioser Staubmassen Augen und Lungen in geradezu bedenklicher Art gefährden." Ein Statuten-Auszug besagt unter Anderem: §. 1. Zweck des Vereins ist, durch beharrliches Schleppabtreten unsere Damen endlich zu bewegen, die häfliche Mode abzulegen, und durch Annahme der neueren Mode (kurze Kleider und reizende Krinolinenlosigkeit) der öffentlichen Wohlfahrt in minder kraffer Weise entgegenzutreten. §. 2. Sobald ein Schleppabtretungs-Vereinsmitglied eine Dame mit langer Schleppe auf der Straße erblickt, so hat es augenblicklich — in anscheinend unabkömmlicher Weise — auf dieselbe, und zwar so kräftig zu treten, daß das Kleid einen heftigen Aufschlag erhält. §. 3. Das betreffende Schleppabtretungs-Vereinsmitglied hat sich bei der betreffenden Dame unter tausend Höflichkeiten zu entschuldigen und sodann das Weite zu suchen, um dem weltlichen Arme der irdischen Gerechtigkeit zu entgehen. Etwaige Schadenersatzklagen werden durch den Vereinsfonds bestritten. Alle diese Paragraphen fallen eigentlich in den Paragraphen der boshaftesten Beleidigung fremden Eigentums.

Neueste Nachrichten.

München, 7. Oktober, Abends. Nach einem Wiener Telegramm der "Süddeutschen Presse" wird für die morgende Unterhauswahl Seitens des Klubs der Linken eine Demonstration gegen die bischöfliche Adresse beabsichtigt.

München, 8. Oktober, Vormittags. Kammer der Abgeordneten. Nach Vorlage des Zollvereinovertrages überließ der Handelsminister die Gesetzentwürfe betreffend die Erhebung der Salzsteuer und die Wahlen zum Zollparlament. Sodann verließ Fürst Hohenlohe eine ausführliche Darlegung seiner Politik. Der Minister-Präsident erklärt, er habe in der von ihm vertretenen Politik niemals geschwankt. Die Herstellung einer verfassungsmäßigen Einigung Deutschlands hoffe er auch jetzt noch zu erreichen. Dem Verlangen nach sofortigem Eintritt Baierns in den norddeutschen Bund könne er nicht bestimmen. Die Verfassung des norddeutschen Bundes werde sich in ihrer weiteren Entwicklung dem Charakter eines eigentlichen Bundesstaates mehr und mehr entsprechen. Süddeutschland könne, wolle sich darüber nicht fügen; die freie konstitutionelle Entwicklung des süddeutschen Volkes gebe demselben das Recht und die Kraft zu dieser Weigerung. Als befreiter Staatsmann dürfe er, der Minister, die realen Machtverhältnisse nicht ignorieren, in deren Berücksichtigung der Prager Frieden abgeschlossen worden. Preußen bringt nicht auf eine Verbindung in der Form der norddeutschen Bundesverfassung, betone vielmehr die Gemeinsamkeit materieller Interessen und die Sicherung gegen eine feindliche Stellung des Südens.

Eine Vereinigung der süddeutschen Staaten zu einem in sich geschlossenen Bundesstaate, sowie ein weiterer Bund der letzteren mit dem norddeutschen Bunde sei wegen der Abneigung der süddeutschen Staaten und wegen der Schwierigkeit der auf dem Dualismus beruhenden Form unmöglich. Unmöglich sei ferner die Vereinigung sämtlicher Staaten des ehemaligen deutschen Bundes nach Form der früheren deutschen Bundesalte, weil Preußen die Früchte der vorjährigen Siege nicht werde aufgeben wollen. Es bleibe also nur übrig die Annahme eines Staatenbundes zwischen

dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten unter Preußen-Präsidium und gleichzeitiger Allianz mit Österreich. Der Minister entwickelt darauf den Gang der diplomatischen Verhandlungen unter den süddeutschen Staaten über die Grundzüge einer Vereinbarung mit dem Norden. Diese Verhandlungen hätten schließlich zu einer Verständigung geführt. Es seien indessen die Folgen der Neuorganisation des Zollvereins abzuwarten, um zu ermessen, in welcher Form neben demselben der beabsichtigte Staatenbund durchgeführt werden könne.

Schließlich resumirt Fürst Hohenlohe seine Darlegung und sagte: Wir wollen nicht den Eintritt in den norddeutschen Bunde, nicht ein Verfassungsbündnis der süddeutschen Staaten unter der Führung Österreichs, nicht einen in sich abgeschlossenen oder gar sich an das Ausland anlehenden Südbund, nicht eine Großmachtspolitik treiben und nicht blos vermitteln, sondern wir wollen eine nationale Verbindung der süddeutschen Staaten mit den norddeutschen Staaten in Form eines nationalen Staatenbundes. Letzterer müsse jedoch den ganzen Süden umfassen, da ein einzelner Staat nicht, ohne Verwicklungen hervorzurufen, die Verbindung mit dem Norden suchen dürfe. Der Ministerpräsident schloß mit folgenden Worten: Sie, meine Herren Abgeordneten, werden mit mir gewiß darin übereinstimmen, daß nicht das Band, welches die materiellen Interessen Deutschlands sichert und ohne welches eine nationale Verbindung Deutschlands irgend welcher Art nicht denbar ist, zerissen werde.

In weiterem Verlaufe der Sitzung legte der Justizminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkungen, vor. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf, betreffend die Befreiung der Staatsseisenbahnen fast ohne Debatte an.

München, 8. Oktober, Morgens. Am 14. d. M. werden Verhandlungen über die zukünftigen Besatzungsverhältnisse der Festung Ulm hier beginnen.

Wien, 8. Oktober, Vormittags. Die heutige "Debatte" meldet als verbürgt, daß der Kaiser entsprechend dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz das Ministerium beauftragt habe, über die bischöfliche Adresse in Berathung zu treten und darüber Bericht zu erstatten. — Dasselbe Blatt und die "Presse" melden übereinstimmend, daß die Erzherzöge Karl Ludwig und Ludwig Victor den Kaiser nach Paris begleiten werden. Die Abwesenheit des Kaisers von hier sei auf neun Tage festgesetzt.

Paris, 7. Oktober, Abends. Gerüchtweise wird behauptet, Rouher habe in Biarritz dem Kaiser ein von diesem günstig aufgenommenes Programm vorgelegt, welches unter Anderem folgende Grundzüge enthalte: Grundlage der französischen Politik bleibt die Nichtintervention; der gegenwärtige Papst wird bis zu seinem Tode im Besitz der weltlichen Macht in Rom bleiben; mit dem Nachfolger desselben wird ein Abkommen getroffen, durch welches die geistliche Autorität des heiligen Stuhles gewährleistet wird. Im Innern werden liberale Reformen vorgenommen; die neue Ausrüstung des Heeres soll vollendet werden; die Kadres der Armeen werden ohne Vermehrung des Effektivbestandes erweitert. Das Projekt der Armeen-Reorganisation soll in diesem Sinne modifiziert werden.

Florenz, 7. Oktober. Hiesige Journale erklären es für notwendig, daß die italienische Regierung den Insurgenten zu kommen und Rom besiegen lasse, ehe die Aufständischen vorhin gelangen. Hier eingetroffene Nachrichten aus dem Kirchenstaat wollen wissen, daß die Insurgenten sich Rom nähern. — Der hiesige spanische Konsul weigert sich, Pässe nach Rom zu erteilen.

Madrid, 8. Oktober. Der nominelle Wert der zur Konversion angebotenen Wertpapiere der passiven Schulden beläuft sich auf 737 Millionen Nealen. — Die Regierung hat die Kolonisation von Grund und Boden in der Nähe Ceuta's angeordnet.

Börsen-Berichte.

Berlin, 8. Oktober. Weizen loco unverändert. Termine niedriger. Get. 4000 Gr. Roggen auf Termine wurde heute unter Schwankungen ziemlich rege gehandelt. Der Markt eröffnete in fester Haltung, verlor alsdann unter dem Einfluß vielseitiger Realisationsverkäufe, wodurch Preise nachgebende Tendenzen verfolgten, am Schlusse sich wieder etwas erholt. Disponible Waare ziemlich preishaltend. Get. 1000 Gr.

Häfer flau. Get. 3000 Gr. Für Häubl bestand in Folge der besseren anständigen Berichte eine sehr feste Haltung. Abgeber machen sich knapp, besonders für nahe Lieferung, und ca. 1/2 Gr. pr. Gr. höher. Gefündigt 200 Gr. Spiritus unterlag wie Roggen mehrfachen Schwankungen und sind die Notizen hierfür im Ganzen wenig verändert. Gefündigt 100,000 Gr.

Weizen loco 86—108 Gr. nach Qualität, gelber märl. 103 Gr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Oktober 93 1/2, 91 1/4, 92 Gr. bez., Oktober-November 93, 91, 91 1/2, 92 Gr. bez., November-Dezember 91, 90 1/2, 91 1/4 Gr. bez., April-Mai 91 1/2, 90 1/2, 91 1/4 Gr. bez.

Roggen loco 74—78 Gr. nach Qualität, 78—79 psd. 75—76 Gr. ab Bahn bez., pr. Oktober 77 1/2, 75 1/2, 76 1/2 Gr. bez., Oktober-November 75, 73, 74 Gr. bez., November-Dezember 71 1/2, 71, 72 Gr. bez., Dezember-Januar 70 1/2, 70, 72 Gr. bez., April-Mai 71, 69 1/2, 70 Gr. bez.

Gerste, große und kleine 47—54 Gr. pr. 1750 Psd.

Häfer loco 29—34 Gr. schlesischer 30 1/2, 31 1/2 Gr. bez., pr. Oktober 31 1/2, 31 Gr. bez., Oktober-November 31, 30 1/2, 31 Gr. bez., November-Dezember 30 1/2, 31 Gr. Br. April-Mai 32 1/2, 31 1/2, 32 Gr. bez.

Erbsen, Kochware 65—69 Gr., Butterware 62—67 Gr.

Räböl loco 11 1/2, 12 1/2 Gr. bez., pr. Oktober 11 1/2, 11 1/2, 12 1/2 Gr. bez., Dezember 11 1/2, 12 1/2, 13 1/2 Gr. bez., Dezember 11 1/2, 12 1/2, 13 1/2 Gr. bez., April-Mai 12 1/2 Gr. bez.

Leinöl loco 14 Gr.

Spiritus loco ohne Fäss 23 1/2, 24 1/2 Gr. bez., pr. Oktober 23 1/2, 24 1/2 Gr. bez., pr. Br. 23 1/2, 24 1/2 Gr. bez., Oktober-November 20 1/2, 1 1/2, 2 1/2 Gr. bez., November-Dezember 20 1/2, 1 1/2, 2 1/2 Gr. bez., April-Mai 21 1/2, 20 1/2, 21 1/2 Gr. bez.

Amsterdam, 7. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen höher, 298 bis 305. Raps pr. Oktober 73, pr. April 75 1/2. Raps pr. Oktober-Dezember 39, pr. Mai 41.

London, 7. Oktober. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen 2—3, bester 4 Sch. höher; guter Umsch. Gerste 1 Sch. Häfer 1 1/2 Sch. höher. Bohnen, Erbsen, Raps 2 Sch. höher. — Die Gesamtumsätze seit letztem Montag an Weizen betrugen 26,642, an Gerste 2926, und an Häfer 15,470 Octrs. — Mildes Wetter.

Wetter vom 8. Oktober 1867.

Im Westen:	Im Osten:
Paris ... 6,0 R., Wind NW	Danzig ... 4,2 R., Wind S
Brüssel ... 4,2 R., SW	Königsberg 4,0 R., SD
Trier ... 5,0 R., SW	Memel ... 3,0 R., SD
Köln ... 5,0 R., W	Riga ... 2,0 R., SD
Münster ... 3,0 R., SW	Petersburg — R., —
Berlin ... 5,0 R., SW	Moskau ... — R., —

Im Süden:

Eisenbahn-Aktien.		Prioritäts-Obligationen.		Prioritäts-Obligationen.		Preußische Fonds.		Fremde Fonds.		Bank- und Industrie-Papiere.	
Distanz pro 1866. 3f.		Aachen-Düsseldorf	4 81½ G	Magdeburg-Wittenb.	3 66½ G	Freiwillige Anleihe	4 97½ G	Badische Anleihe	1860 4 91½ G	Dividende pro 1866. 3f.	
Aachen-Maastricht 0 4 30½ G	do. II. Em. 4 — G	do. III. Em. 4 91½ G	Niederschl.-Märk. I. 4 88 G	Staats-Anleihe 1859 5 102½ G	Badische 35 fl.-Loc. 29 G	Berliner Kassen-Ber. 12 4 159½ G					
Altona-Kiel 9 4 129½ G	do. III. Em. 4 91½ G	Aachen-Majricht 4 73 G	do. conv. I. II. 4 88 G	Staatsanleihe div. 4 97 G	Bayerische Präm.-Anl. 4 96½ G	- Handels-Ges. 8 4 107½ G					
Amsterdam-Rotterd. 4½ 4 103 G	do. II. Em. 5 73 G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	Staats-Schuldcheine 3 83½ G	Braunschw. Anl. 1866 5 101½ G	- Immobil.-Ges. 3½ 4 79 G					
Bergisch-Märkische 8 4 142½ G	do. III. Em. 5 76½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	Staats-Präm.-Anl. 3 116½ G	Deffau Präm.-Anl. 3 93 G	- Omnibus 5½ 10 5 —					
Berlin-Alte 13½ 4 218 G	do. III. Em. 5 76½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	Kurfürstliche Loose 3 52½ G	Hamb. Pr.-Anl. 1866 4 44 G	Braunschweig 0 4 90 G					
Berlin-Görlitz St. — 4 68½ G	do. III. Em. 5 76½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	Kur-N. u. Schub 3 79 G	Elbecker Präm.-Anl. 3 47 G	Bremen 8 4 116 G					
do. Stamm-Prior. — 5 95 G	do. III. Em. 5 76½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	Berliner Stadt-Obl. 5 101½ G	Sächsische Anleihe 5 104 G	Coburg, Credit 4 4 76 G					
Berlin-Hamburg 9 4 155½ G	do. Lit. B. 3 76½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. 4 97½ G	Schwedische Anleihe 10 1½ G	Danzig 8 4 110½ G					
Berl.-Potsd.-Magd. 16 4 216 G	do. IV. 4 92½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. 3 79½ G	Darmstadt, Credit 4½ 4 78½ G						
Berl.-Siettin 8½ 4 136½ G	do. V. 4 91½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. 4 85 G	Bettel-Zettel 4 4 95½ G						
Böhmen-Westbahn 5 5 57 G	do. VI. 4 90½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. E. 3 77½ G	Deffau, Credit 0 0 2½ G						
Bresl.-Schw.-Freib. 9½ 4 134 G	do. D. 4 85 G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. F. 4 93½ G	Gas-Landes 11 5 152 G						
Brieg-Reisse 5½ 4 92 G	do. C. 4 85 G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. G. 4 92½ G	Disconto-Comm. 7½ 4 103½ G						
Cöln-Minden 9½ 4 140 G	do. B. 4 82 G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	Ostpreuß. Pfandbr. 3 76½ G	Eisenbahnbetriebs 10 5 126 G						
Cösel-Ober. (Wilsb.) 2½ 4 69½ G	do. A. 4 80½ G	Bergisch-Märkische I. 4 73 G	do. IV. 4 95 G	do. 4 83 G	Gens, Credit 0 0 24½ G						
do. Stamm-Prior. 4½ 4 80½ G	do. do. 4 80½ G	Berlin-Anhalt	do. do. 4 90 G	do. neue 3 234½ G	Gera 7½ 4 102 G						
do. do. 5 84½ G	do. do. 4 90 G	Rheinische	do. do. 4 95 G	Pommersche Pfandbr. 3 75½ G	Gotha 5 4 92½ G						
Galiz. Ludwigsb. 6½ 4 84½ G	do. do. 4 95 G	Rheinische	do. do. 4 95 G	Posenische Pfandbr. 4 —	Hannover 5 5 76 G						
Lübeck-Zittau 4 — 37½ G	do. do. 4 95 G	Rheinische	do. do. 4 95 G	Russ.-engl. Anl. 1862 5 58½ G	Hörder Hütten 5 109 G						
Ludwigshafen-Berg. 10½ 4 149½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. neue 4 87 G	Hypoth. (O. Höhner) 12 108½ G						
Magdeburg-Halberst. 14 4 184 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	Russ.-poln. Sch.-Obl. 4 63½ G	Erste Pr. Hypoth.-G. 4 112 G						
Magdeburg-Leipzig 20 4 254 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	Part.-Obl. 500 fl. 4 94 G	Königsberg 4 84 G						
do. do. 4 88½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	Uranianer 6 75½ G	Leipzig, Credit 4 4 84 G						
Main-Ludwigshafen 7½ 4 125 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	Gold und Papiergeld.	Luxemburg 6 4 80 G						
Mecklenburger 3 4 72½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	Westpreuß. Pfandbr. 3 75½ G	Magdeburg 5 4 89½ G						
Münster-Hann. 4 4 89½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. neue 4 82½ G	Meiningen, Credit 6 4 89½ G						
Niederschl.-Märkische 4 4 88½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. neueste 4 82½ G	Minerva Bergw.- 0 5 30 G						
Niederschl.-Zweibr. 5 4 82½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 90½ G	Moldau, Credit 0 0 15½ G						
Nordbahn, Frd. Wils. 4½ 4 94 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 2 Mon. 3 150 G	Norddeutsche 8½ 4 115½ G						
Überholz, Lit. A. u. C. 12 3½ 193½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 2 Mon. 3 23½ G	Oesterreich, Credit 5 5 70½ G						
do. Lit. B. 12 3½ 164 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Phönix 7½ 4 99 G						
Oestr.-Franz Staatsb. 7 5 126½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Posen 4 100 G						
Oppeln-Tarnowitz 5 5 71½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Russ. Pr.-Anl. 1864 5 93½ G						
Weinische 6½ 4 115½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	St. Petersburg 4 112 G						
do. Stamm-Prior. — 4 —	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Wien Desterr. W. 8 L. 4 81½ G						
Wein-Nahe-Bahn 0 4 26½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Wien Desterr. W. 8 L. 4 80½ G						
Russische Eisenbahn 5 5 74½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Wien Desterr. W. 8 L. 4 56 24 G						
Stargard-Posen 4½ 4 93½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Leipzig 8 Tage 4 99½ G						
Südböhm. Bahnen 7½ 5 96 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	2 Mon. 4 99½ G						
Thüringer 7½ 4 127½ G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Frankfurt a. M. 2 M. 3 56 26 G						
Warschau-Wien 5 5 61 G	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Petersburg 3 Wochen 7 92½ G						
	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	do. 3 Mon. 7 91½ G						
	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Warschau 8 Tage 6 83½ G						
	do. do. 4 95 G	Rhein-Nahe-Bahn	do. do. 4 95 G	do. 4 91 G	Bremen 8 Tage 3 110½ G						

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Helene Klop mit dem Kaufmann Herrn Schmidt (Siettin). — Hr. Alwine Mattha mit Herrn August Wingert (Siettin). — Hr. Lina Birk mit Hrn. Wils. Gwert (Befzin-Altefähre). — Hr. Anna Friedländer mit dem Kaufmann Herrn David Schäfer (Colberg-Härstenberg a. O.).

Geboren: Ein Sohn: Herrn C. Anders (Tribowm). — Herr Lehrer C. Müller (Stralsund). — Eine Tochter: Herrn Otto Gadebusch (Siettin).

Gestorben: Kaufm. Julius Hempelmann (+ Görlitz). — Schleifer Aug. Witte (Siettin). — Bw. P. Schiffs-capt. Albert. Zielsch (Siettin). — Frau Anna Richardt geb. Weiß (Stralsund). — Stellmachermeister Gottfried Wulff (Colberg). — Schuhmachermeister J. Braun (Colberg).

Entbindungs-Anzeige.

Wir wurden heute durch die Geburt eines gesunden Mädchens erfreut.

Siettin, den 7. October 1867.

Strohe, Kataster-Secretair, und Frau.

Kirchliches.

Lutherische Kirche in der Neustadt. Heute, den 9. d. M., Abends 7 Uhr, predigt Herr Pastor Odebrecht.

Bekanntmachung.

In dem Concurre über das Vermögen des Tabakshändlers Johann Trangott Albert Panther zu Stettin ist zum öffentlichen Verkaufe der im gewöhnlichen Wege nicht einziehbaren gewesenen Forderungen ein Termin auf den 17. October 1867, Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle hier selbst, Terminkammer Nr. 12, vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt, wovon die Beteiligten hierdurch benachrichtigt werden.

Das Verzeichniß und die Beschreibung der Forderungen ist im Bureau V einzusehen.

Stettin, den 30. September 1867.

Königliches Kreisgericht;

Der Kommissar des Konkurses.

Weinreich.

Stettin, den 7. October 1867.

Polizei-Verordnung,

betrifft den öffentlichen Fußweg vom Exercierplatz vor dem Berliner Thore nach Alt-Tornewy.

Auf Grund des § des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird hierdurch das Rechten auf dem öffentlichen Fußwege, welcher quer über den Gräberschen Gutsacker vom Exercierplatz vor dem Berliner Thore nach Alt-Tornewy führt, und vis-à-vis der Tonhalle mündet, verboten.

F. Runge, Spiegel-Gärtner, Stettin, Papenstraße 1,
empfiehlt: elegante Gold- und Mahagoni-Pfeiler-Spiegel nebst Consolen
und Marmorplatten, Sopha-Spiegel jeder Art zu äußerst billigen Preisen.
Für Händler halte stets Lager von Birken-, Halb-Mahagoni- und Goldrahm-Spiegeln.
Spiegelgläser jeder Größe und Goldleisten in allen Nummern.
Einfassungen von Bildern und Photographien werden sauber und billigst ausgeführt.

Mein bedeutendes Lager deutscher, englischer und amerikanischer

Nähmaschinen

von Hand-Nähmaschinen bis zu den größten Sattlermaschinen, verschiedener Systeme, empfiehlt sich hiermit.
Das Allerneueste in Nähmaschinen für

Schuhmacher,

schnell und geräuschlos arbeitend, elegant, sehr einfacher Mechanik und ca. 30 % billiger wie andere.
Damen wird das Nähen mit der Maschine fortwährend gelehrt, auch wenn sie keine kaufen.
Sich für Nähmaschinen interessirende bitte ich, sich von der Leistungsfähigkeit und Verschiedenheit
meiner Maschinen zu überzeugen.

W. Steinbrink, Uhrmacher und Mechaniker,
Mönchenstraße 27 u. 28.

Pianoforte-Magazin

von
Carl René,
gr. Domstraße Nr. 18 in Stettin.

Großes Lager

von

Concert-, Salon-, Stüh- und Cabinet-Flügeln,
Pianinos, Pianos in Taselform und Harmoniums,
aus den renommiertesten Fabriken von
New-York, Paris, Zürich, Wien, München,
Dresden, Leipzig, Braunschweig, Stuttgart,
Cassel und Berlin.

Sämtliche Instrumente sind von sehr alten, gut conservirten Holzern nach der neuesten, solidesten Construction gebaut, und übernehme ich
für jedes aus meinem Magazin bezogene Piano eine fünfjährige
Garantie dergestalt, daß alle etwa mangelhaften Instrumente ohne Nach-
zahlung durch Umtausch ersetzt werden.

Gebrauchte Pianos werden in Zahlung angenommen; auswärtige
Bestellungen pünktlich und gewissenhaft ausgeführt.

Die von mir geführten Fabrikate sind von den ersten Klavierspielern,
wie: F. Liszt, Hänselt, Hans von Bülow, Professor Dr. Th. Kullak, A.
Dreischock, Rubinstein, Kotsky, Schulhoff, Blassmann und vielen anderen
Pianisten als vorzüglich anerkannt.

Auf der diesjährigen Pariser Weltausstellung haben sechs
meiner Fabrikanten theils goldene, theils silberne Preis-Medaillen
erhalten.

Stettin, im Juli 1867.

Carl René,
große Domstraße Nr. 18.

Laubsäge-Arbeiten

haben in der jüngsten Zeit bei Jung und Alt lobende Anerkennung gefunden. Wir sind bestrebt gewesen, diese
für die Jugend namentlich nützliche, zweckentsprechende Beschäftigung durch wirklich brauchbare Instrumente und Vor-
lagen noch mehr zur Geltung zu bringen und machen ganz besonders auf unsere leichten 12- und 14zölligen Laub-
säge-Bügel von nur 14 Pf. aufmerksam, da alle gewöhnlich im Handel befindlichen Bügel durch ihre Schwere der
Jugend sehr bald das Sägen verleidet. Wir empfehlen deshalb unsere zuverlässigen

Laubsäge-Apparathäfen und Collectionen zum praktischen Gebrauch a 5 Pf.,
ganz vollständig mit Laubsägebügel;
Schnitzbrett, 6 Vorlagen, Holzplatten, den nötigen Werkzeugen und Sägen, so wie Lack, Firnis und
flüssigen Leim, nebst specieller Anleitung a 2½, 3, 3½ bis 6½ Pf.

Wir verkaufen auch sämtliche dazu nötigen Werkzeuge, Laubsägen, Vorlagen in ca. 350 Nummern, Auf-
zeichnepapier, Holz-Firnis, Beize und namentlich trockene zugerichtete Holzplatten in Eichen, Espe, Silberpappel,
Birnbaum, Mahagoni, Ahorn u. Nussbaum, Quadratfuß von 3 Pf. ab einzeln, zu billigen Preisen en-gros & en-detail
Anträge von auswärts werden prompt ausgeführt.

Lehmann & Schreiber in Stettin, Kohlmarkt 15.

Zu Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenken
empfiehlt sich mein vollständig ausgestattetes Lager von

Gold- und Silbersachen, Genfer Damen-Uhren,

sowie getrennt hiervon im Nebenladen

Alfénide- und Neusilber-Waaren.

W. Ambach, oberhalb der Schuhstraße,

gegenüber der großen Domstraße.

Alte Gold- und Silbersachen werden in Zahlung genommen.

Bon
frischen Holsteiner Austern
erhalte von jetzt ab wöchentlich dreimal Zusendung und
offerte dieselben wie auch
frischen ostrachan. Perl-Caviar.
L. T. Hartsch, Schuhstr. 29,
vorm. J. F. Krösing.

Ich empfange täglich frisch und versende
1. englische Austern,
die 1/2 Tonnen von ca. 280 Stück zu Nr. 11 gegen Post-
entrichtung.

Berlin, im September 1867.

Eugen Eberts,
Burgstraße 17.

Russische Bettfedern und Daunen in 1/4, 1/2 u. 1/3蒲
finden billig zu verkaufen Fuhrstr. 6 im Laden.
600 schöne eschene

Getreide-Schaufeln

verkaufe ich diesen Jahrmarkt zu dem billigen Preise von
15 Pf. pro Stück.

F. Kahl aus Berlin.

Eine von Stettin nach Damm, links unmittelbar am
Wege zwischen dem Block- u. Zollbauje belegene, ca. 9 Mor-
gen große Wiese, unter Nr. 294 a u. b der Magistrats-
Karte, ist zu vermieten.

Näheres bei **Wald**, Marienplatz 4.

Stettiner Stadt-Theater.

Mittwoch, den 9. October.

Vorstellung im Prämien-Abonnement.

Der Copist.

Schauspiel in 1 Akt von Hiltl.

Einer muß heirathen.

Luftspiel in 1 Akt von Friedrich.

Haussegen, oder: **Berlin wird Welt-**

stadt.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Kalisch. Musik von Bial.

Nach dem ersten und zweiten Stücke:

Tanz,

ausgeführt von Fr. Ellse und Helene Menzel.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Auf dem Dominio Schmagerow wird zum 14. October
ein gelernter Jäger, mit guten Zeugnissen vergeben, gesucht.
Nur persönliche Meldungen werden berücksichtigt.

Ein Sohn anständiger Eltern von außerhalb, Ober-
titaner, wünscht als Lehrling in ein Weiß-, Manufac-
tur- oder Mode-Waaren-Geschäft, auch Schreibmaterialien-Ge-
schäft sofort einzutreten. Ges. Offerten sub R. 532 an
Rudolf Mosse, Berlin.

Auf einem Gute in der Nähe Stettins wird zum so-
fortigen Antritt ein Inspector gesucht. Näheres bei

Richard Grundmann.

Abgang und Ankunft

der Eisenbahnen und Posten in Stettin.

Bahnzüge.

nach Berlin: I. 6 u. 30 M. Morg. II. 12 u. 20 M.
Mittags. III. 3 u. 51 M. Nachm. (Courierzug).

IV. 6 u. 30 M. Abends.
nach Stargard: I. 7 u. 30 M. Borm. II. 9 u. 58 M.
Borm. (Anschluß nach Kreuz, Posen und Breslau).

III. 11 u. 32 Min. Bormittags (Courierzug).
IV. 5 u. 17 M. Nachm. V. 7 u. 38 M. Abends.
(Anschluß nach Kreuz). VI. 11 u. 15 M. Abends.

In Altdamm Bahnhof schließen sich folgende Personen-
Posten an: an Zug II. nach Pyritz und Naugard,
an Zug IV. nach Gollnow, an Zug VI. nach
Pyritz, Bahn, Swinemünde, Cammin und Trep-
tow a. R.

nach Göslin und Colberg: I. 7 u. 30 M. Borm.
II. 11 u. 32 Min. Bormittags (Courierzug).

III. 5 u. 17 M. Nachm.

nach Pasewalk, Stralsund und Wolgast:
I. 10 u. 45 M. Borm. (Anschluß nach Prenzlau).
II. 7 u. 55 M. Abends.

nach Pasewalk u. Strasburg: I. 8 u. 45 M. Morg.
II. 1 u. 30 M. Nachm. III. 3 u. 57 M. Nachm.
(Anschluß an den Courierzug nach Hagenow und Ham-
burg; Anschluß nach Prenzlau). IV. 7 u. 55 M. Ab.

Ankunft:

von Berlin: I. 9 u. 45 M. Morg. II. 11 u. 23 M.
Borm. (Courierzug). III. 4 u. 50 M. Nachm.

IV. 10 u. 58 M. Abends.

von Stargard: I. 6 u. 5 M. Morg. II. 8 u. 30 M.
Borm. (Zug aus Kreuz). III. 11 u. 54 M. Borm.

IV. 3 u. 44 M. Nachm. (Courierzug). V. 6 u. 17 M.
Nachm. (Personenzug aus Breslau, Posen u. Kreuz).

VI. 9 u. 20 M. Abends.

von Göslin und Colberg: I. 11 u. 54 M. Borm.
II. 3 u. 44 M. Nachm. (Elzug). III. 9 u. 20 M.
Abends.

von Stralsund, Wolgast und Pasewalk:
I. 9 u. 30 M. Morg. II. 4 u. 37 M. Nachm.
(Elzug).

von Strasburg u. Pasewalk: I. 8 u. 45 M. Morg.
II. 9 u. 30 M. Borm. (Courierzug von Hamburg
und Hagenow). III. 1 u. 8 Min. Nachmittag.

IV. 7 u. 15 M. Abends.

Posten.

Abgang.
Kariolpost nach Pommerensdorf 4 u. 25 Min. früh.

Kariolpost nach Grünhof 4 u. 45 M. fr. u. 11 u. 20 M. Borm.

Kariolpost nach Grabow und Züssow 6 Uhr früh.

Botenpost nach Neu-Torney 5 u. 50 M. früh, 12 u. Mitt.,
5 u. 50 M. Nachm.

Botenpost nach Grabow und Züssow 11 u. 45 M. Borm.
und 6 u. 30 Min. Nachm.

Botenpost nach Pommerensdorf 11 u. 55 M. Borm. u. 5 u.
55 M. Nachm.

Botenpost nach Grünhof 5 u. 45 M. Borm.

Personenpost nach Pötzig 5 u. 45 M. Borm.

Ankunft:

Kariolpost von Grünhof 5 Uhr 40 Min. fr. und 11 Uhr
55 M. Borm.

Kariolpost von Pommerensdorf 5 Uhr 40 Min. fr.

Kariolpost von Züssow u. Grabow 7 Uhr 15 Min. fr.

Botenpost von Neu-Torney 5 u. 45 M. fr., 11 u. 55 M.
Borm. und 5 Uhr 45 Min. Abends.

Botenpost von Züssow u. Grabow 11 u. 30 M. Borm.
und 7 Uhr 30 Min. Nachm.

Botenpost von Pommerensdorf 11 Uhr 50 Min. Borm.
u. 5 u. 50 Min. Nachm.

Botenpost von Grünhof 5 Uhr 20 Min. Nachm.

Personenpost von Pötzig 10 Uhr Borm.

Neuer Kitt

für Glas, Porzellan, Stein etc.

Dieser Kitt hält so fest, dass beim Zerschlagen
des damit gekitteten Gegenstandes jede andere
Stelle eher bricht, als die gekittete. Waren zer-
brochene Gegenstände der Art, dass man sie der
Hitze aussetzen konnte, so kann dies auch nach
der Kittung geschehen. — Denselben empfehlen in
Flaschen zu 3 Sgr.

Lehmann & Schreiber,
Kohlmarkt Nr. 15.

Prima Peru-Guano

aus dem Depôt der Herren **J. D. Mutzenbecher**

Söhne in Hamburg, aufgeschlossenen Peru-Guano

(ammoniakalisches Superphosphat)

von den Herren **Ohlendorff & Co.** in Ham-
burg, sein gedämpftes u. aufgeschlossenes Knochen-

mehl, **Baker Guano** und andere Super-

phosphate, schwefelaures Ammoniak, Chilli-

Salpeter, sowie **Kalidünger** u. Kalisalze

hält stets auf Lager und versendet unter Garantie in jeder

beliebigen Quantität nach allen Richtungen hin zu billigsten

Preisen.

L. Manasse jun.

Stettin, Böllwerk 34.